

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Seieritz, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 10.— Mtl. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— Mtl. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 1,50 Mtl. für auswärtige Besteller mit 1,75 Mtl. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 3,50 Mtl. für Auswärtige 4.— Mtl. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprechen Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postcheckkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 7

Montag, den 9. Januar 1922

72. Jahrgang

Bekanntmachung

betreffend Einlieferung der für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuerkarten und Markenblätter.

— Secordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 21. Dezember 1921. —

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, innerhalb des Monats Januar 1922 seine Steuerkarte und die losen Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einkommen und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, für ihn zuständigen Steuerbehörde (Gemeindefiskus) zu übergeben oder zu übersenden. An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einlieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen. Die Einlieferung kann gemäß § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.

Der Arbeitgeber hat durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen auf diese Verpflichtung hinzuweisen. Arbeitnehmer, deren Steuerkarten oder Markenblätter nicht eingeleistet sind, werden für das Rechnungsjahr 1921 zur Einkommensteuer veranlagt werden.

Hohenstein-Ernstthal, am 7. Januar 1922

Finanzamt.

Öffentliche Sitzung

des Gemeinderates zu Hohndorf (Bez. Chemnitz) am Donnerstag, den 12. Januar 1922, nachmittags 5 Uhr, im Zeichenstube der hiesigen Schule.

Tagesordnung:

1. Begrüßung sowie Einweisung der neu- bez. wiedergewählten Gemeinderatsmitglieder.
2. Wahl der Gemeindefiskus.
3. Wahl der Mitglieder des Verfassungsausschusses.
4. Stellungnahme zu dem bürgerlichen Wahlflugblatt.
5. V. Nachtrag zu dem Ortsgesetz, die Errichtung einer Freibank in Hohndorf (Bez. Chemnitz) betr.
6. Gesuch des Vereines Sächsl. Laubstummelnheim Zwiskau um eine Beihilfe.
7. Unfallversicherung der Feuerwehrleute.
8. IV. Nachtrag zum Ortsstatut für den Hebammenbezirk Hohndorf (Bez. Chemnitz) — Rödlitz betr. Co. Welteser.

Hohndorf (Bez. Ch.), den 7. Januar 1922.

Der Vorsitzende.

Sch u f f e r, Gemeindevorstand.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die internationale Wirtschaftskonferenz wird in der ersten Hälfte des März in Italien, wahrscheinlich in Genua, abgehalten werden. Amerika, das zur Teilnahme eingeladen, will annehmen, ebenso soll Rußland eingeladen werden, letzteres unter den in der Resolution ausgesprochenen Bedingungen. Siehe auch den besonderen Artikel!

* In Cannes sollen Verhandlungen zwischen Lloyd George und Briand stattgefunden haben zur Herbeiführung eines Wirtschaftsbündnisses zwischen England und Frankreich. — Wenn das austräfe, dann wäre das französische Sehnen erfüllt.

* Die „Times“ melden aus Cannes: Der Ausgang der Konferenz auf einer mittleren Linie ist wahrscheinlich, doch ist die Androhung neuer Zwangsmaßnahmen an Deutschland nicht zu umgehen. — So, so!

* Aus Paris wird gemeldet: Der Ausschuss für die Frage der Kriegsbekämpfung trat gestern nachmittags im Quai d'Orsay zusammen und ernannte den französischen Justizminister Bonnoy zum Präsidenten.

* Die Flecktyphusepidemie in Rußland und Polen breitet sich trotz allerhöchster Gegenmaßnahmen immer weiter aus. Die westlichen russischen Verwaltungsbezirke sind vollständig verheert. Die Krankheit hat sich bereits nach Warschau ausgebreitet.

Deutsches Reich.

Die Goldverpfändung.

Berlin. Im Anschluß an unsere Meldung über die beabsichtigte Verpfändung eines Teiles des deutschen Goldbestandes hören wir aus Finanzkreisen, daß laut den Vorbesprechungen Havenssteins in London das lombardierte deutsche Gold nach Deutschland zurückgeführt werden darf, falls das dafür gegebene Darlehen zurückgezahlt wird. Freilich ist eher zu vermuten, daß statt einer Zurückführung noch weitere Verpfändungen erfolgen. Entsprechende Abkommen sind auch mit der schwedischen und dänischen Reichsbank und mit der holländischen Bank, wenn auch in viel geringerem Umfang, getroffen worden. Letztere Bank soll sich bereit erklärt haben, Deutschland ein Darlehen bis 20 Millionen Gulden unter der Bedingung zu gewähren, daß mit diesem Gelde nur an Holland zu leistende Zahlungen gedeckt werden. Auch das russische Zarenreich hatte einst einen Teil seines Goldbestandes zu ähnlichen Zwecken im Auslande deponiert, nur ist der Unterschied, daß ein Vergleich zwischen dem russischen Papiergeldumlauf und der Golddeckung unmöglich war, während bei uns zurzeit auf 1 Milliarde Metallgeld 100 Milliarden Papiergeld kommen.

Antündigung einer Programmrede des Reichsfinanzministers.

Morgen Dienstag treten verabredungsgemäß die Steuerauschnitte des Reichstages wieder zusammen, um die zweiten Lesungen der einzelnen Gesetzesentwürfe vorzunehmen und möglichst bis zur nächsten Vollziehung des Reichstages am 18. Januar alle Vorarbeiten für das Plenum fertigzustellen. Wie verlautet, wird der Reichsfinanzminister Dr. Hermes die Ausschüßsitzung mit einer Programmrede über die Finanzlage und das Steuerprogramm eröffnen. Im Finanzministerium hegt man die Hoffnung, bis dahin eine Einigung der Parteien wenigstens in den Hauptfragen herbeigeführt zu haben. Zu diesem Zwecke hatte der Reichsfinanzminister gestern nachmittags eine Unterredung mit Vertretern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei, nachdem er schon früher, wie gemeldet, ähnliche Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien gehabt hat. Auf die Frage, wie sich die drei Rechtsparteien gegenüber einem Kompromiß in der Steuerfrage verhalten würden, wurde erwidert, die Fraktionen hätten keinen Anlaß, sich schon jetzt mit ihm zu beschäftigen, da noch gar nicht feststehe, wie das Kompromiß aussehen werde.

Schulden und Steuern.

Unter der Überschrift Schulden und Steuern schreibt Dr. Vorwärts u. a.: Der Beginn des neuen Jahres war für die Reichsfinanzen zugleich der Abschluß der ersten drei Viertel ihres Rechnungsjahres. Die Bilanz ist vernichtend. Vom 1. April bis Ende Dezember ist die schwebende Schuld des Reiches um 81,5 Milliarden auf fast 247 Milliarden Mark angewachsen. Der Vorwärts knüpft an diese bereits bekannte Feststellung die Forderung: Wenn ja, so ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, eine gründliche Sanierung der Reichsfinanzen anzubahnen. Mit bewunderungswürdiger Geduld hat das Proletariat zugehört, wie die ganze Last der wachsenden Staatsausgaben samt den Reparationszahlungen durch die Rotenpresse auf den Verbrauch abgewälzt worden ist. Wer klug ist, wird diese Geduld nicht der letzten entscheidenden Probe aussetzen wollen. Man täuscht sich nicht darüber, daß mit optimistischen Prophezeiungen nichts getan ist. Die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen, ob ein Kompromiß möglich ist. Jedenfalls werden 247 Milliarden schwebender Schulden nicht aus der Welt geschafft, indem man in frühlichem Ruhhandel an den Steuerjahren herumstreicht. Dazu wird es nötig sein, daß die bürgerlichen Parteien die Zugeständnisse machen, die allein zu einem Kompromiß führen können. Diese Zugeständnisse führen Jaber zu einer scharfen Erfassung des Sachbestandes, zur steuerlichen Heranziehung der Sachwerte. Der Vorwärts schließt: Wagen sie nicht diesen Schritt, so haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn die kommenden politischen Kämpfe an Schärfe und Erbitterung weit über das Maß hinausgehen, das mit den Interessen eines demokratischen Staates vereinbar ist.

Harriman in Berlin.

Herzill Harriman, der 31-jährige Sohn des amerikanischen Eisenbahnkönigs und Milliardärs, der heute trotz seiner Jugend nicht nur der Verwalter des väterlichen Erbes, sondern auch das Haupt der selbstgegründeten, heute größten Schiffsahrtsgesellschaft Americas, ist, weilte zwei Tage

lang in Berlin im Hotel Esplanade. Harriman jr. gehört durch den 1920 abgeschlossenen Interessen- und Kartellvertrag mit der Hamburg-Amerika-Linie zu den ersten Geschäftsfreunden, die Deutschland nach dem Kriege in Amerika gefunden hat. Seine engen Beziehungen zu Deutschland haben ihn denn auch diesmal über Holland hierher geführt. Harriman- und die Hapag haben gemeinsam vom Holländischen Lloyd vier Passagierdampfer, darunter zwei ganz neue Tonner, gekauft, die in den Dienst zwischen Hamburg und Neunorf eingestellt werden. Harriman kam mit Generaldirektor Cuno von der Hapag und mit seiner Begleitung von Hamburg nach Berlin, wo er mit deutschen Wirtschaftsführern Konferenzen hatte, und ist nun wieder nach Hamburg zurückgereist.

Gefahren der Flüchtlings-Aufnahme.

Der Regierung ist zum Vorwurf gemacht worden, daß sie bei der Aufnahme der deutschstämmigen russischen Flüchtlinge eine zu große Zurückhaltung übe. Hierzu erklärt die Regierung, daß die Zurückhaltung sehr berechtigt sei, denn von einem Transporte von 171 solcher Flüchtlinge seien bereits 57 an Flecktyphus erkrankt gewesen. Auch von früheren Transporten in Höhe von ca. 250 Personen seien über die Hälfte an dieser Seuche erkrankt. Von diesen 250 Personen seien 36 gestorben. Auch ein Oberpfleger, der sich angeeckt hatte, sei der Krankheit erlegen.

Englands uneingeschränkter Konkurrenzneid.

Die englische Abteilung für Ueberseehandel teilt mit, daß der deutsche Wettbewerb in China sich außerordentlich fühlbar mache. Die Vorteile des niedrigen Markstandes erlauben es den deutschen Handelsleuten, die Engländer vollkommen aus dem Felde zu schlagen; namentlich in Farb- und elektrischen Apparaten mache sich die Konkurrenz außerordentlich fühlbar. Es seien wieder zahlreiche deutsche Handelshäuser in China entstanden, allerdings nicht unter dem Namen der deutschen Weiser, sondern unter dem ihrer chinesischen Gesellschafter.

Erforschungen der Ursachen des Weltkrieges — und die „Times“.

Die höchst erfreuliche Tatsache, daß sich Angehörige von drei neutralen Staaten — Norwegen, Schweden und Holland — in Christiania vereinigt haben, um eine „Internationale nationale wissenschaftliche Kommission zum Zwecke der Erforschung der Ursachen des Weltkrieges“ zu bilden, wird von dem Haupt-Northcliffe-Blatt in herabziehender Weise berichtet. Der Sonderberichterstatter der „Times“ fabelt aus Christiania, es hätte sich eine Zahl von norwegischen Herren von ausgesprochen deutschfreundlicher Gesinnung mit einigen schwedischen und holländischen Herren zu genanntem Zwecke versammelt. Die Versammlung habe in der Nebelhalle stattgefunden, aber — „der Nebelausschub steht natürlich ganz außerhalb der Vereinbarung“. — Von der ganzen norwegischen Presse wird gerade nur das „Tagblad“ angeführt. „Es kennzeichnet die ganze Sache gerechterweise als ein Stück schaler deutscher „Camouflage“ unter neutraler Maske und infolgedessen ohne jede Berechtigung, in der fraglichen Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen.“ Daß es dem Hauptblatte des Mannes, der während des letzten Teiles des Krieges Chef der gewissenlosesten Propaganda war, welche die Welt je erlebt hat, äußerst peinlich ist, wenn jetzt von an Zahl immer wachsenden Stellen danach gestrebt wird, der Sache an die Wurzel zu gehen, ist gewiß natürlich. Die Wahrheit wird aber trotzdem ihren Weg finden. Es wird der „Times“ nichts nutzen, wenn sie nach dem bewährten Rezept ihres Herrn Chefs immer weiter verjagt. Lug und Trug einzuhammern, damit die Grund- des ganzen Verflawungssystems unerschütterlich bleibt. — Wie statt sie schon want, beweisen die Bemühungen der ehrlichen Männer in Christiania.

Ausland.

Das japanische Parlament gegen die Washingtoner Beschlüsse.

Rotterdam. „Morning Post“ meldet aus Tokio: Der Heeresauschuß des japanischen Parlaments hat am 4. Jan. einstimmig gegen eine Beschränkung des japanischen Flottenbauprogramms durch die Washingtoner Konferenz protestiert. Es kam zu scharfen Angriffen auf die Haltung des Admirals Kato in Washington und gegen die Regierung, deren Vertreter in der Sitzung nicht anwesend waren.

st
all.
FFEE
en
Kunstspiel-
ches Billard. —
d Weine. □ □
Telefon 342.
Friedrich Richter.
Wirtsch. Verein.
Lichtenstein-C.
ächsten Montag, abends
Ihr
Meralversammlung
Seißem Rob.
Tagesordnung:
lung der Jahresrech-
Neuwahlen. Ver-
enes.
zahlreiches Erscheinen
D. S.
ehrling
stern bei gründliches
usbildung gesucht.
Martin Götze
rmachermeister.
derlehrling
stern gesucht.
rmelker Rüd. Gesse
Markt 9.
Scheine
stelle dieses Blattes
Eltern für die zu
Aufmerksamkeit.
Gehalts i. E.
Tage seines
ührender Ge-
herzensguter
ler
Glauchau
legler
terbliebenen
erhause aus.